



VERORDNUNG

des Gemeinderates der Marktgemeinde Gutau vom 24.06.2021 mit der eine Kanalordnung für die öffentliche Kanalisation erlassen wird.

Aufgrund des § 11 Abs. 2 OÖ. Abwasserentsorgungsgesetz 2001, LGBl.Nr. 27/2001, idF LGBl.Nr. 94/2015 wird vom Gemeinderat der Marktgemeinde Gutau verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung findet auf die im Gemeindegebiet befindlichen Anschlüsse (Hauskanalanlage) an die öffentliche Kanalisationsanlage der Marktgemeinde Gutau Anwendung.

Diese Verordnung gilt nicht für die Einleitung von Abwasser, dessen Beschaffenheit mehr als geringfügig von der des häuslichen Abwassers abweicht, in die wasserrechtlich bewilligte Kanalisation eines anderen (Indirekteinleitung). Bei Anfall von Abwasser, dessen Beschaffenheit mehr als geringfügig von der des häuslichen Abwassers abweicht, ist mit Vorlage von Projektunterlagen beim Kanal- und Kläranlagenbetreiber um Zustimmung zur Einleitung anzusuchen (Indirekteinleiterverordnung BGBl. BGBl. II Nr. 222/1998 idgF).

Die Hauskanalanlage ist die Entsorgungsleitung inklusive Hebeanlagen, Pumpwerke und Schächte von der Außenmauer des zu entsorgenden Objektes bis zur öffentlichen Kanalisation. Der Verlauf und der Umfang der öffentlichen Kanalisation ergibt sich aus den wasserrechtlich bewilligten Projekten, in denen der Verlauf farblich gekennzeichnet ist.

§ 2

Vorschriften für die Einleitung von Schmutz- und Oberflächenwässern

1. Von den angeschlossenen Objekten sind sämtliche häusliche Abwässer (Fäkal-, Wasch-, Bade- und Küchenabwässer), diesen gleichzuhaltenden und betrieblichen Abwässern, je nach Entwässerungssystem in den öffentlichen Schmutz- oder Mischwasserkanal einzuleiten.

2. In die öffentliche Kanalisation dürfen nur Abwässer eingeleitet werden,
 - die den Bauzustand und die Funktionsfähigkeit der Anlagen nicht stören,
 - die das Personal bei der Wartung und Instandhaltung der Anlage nicht gefährden und
 - die die Abwasserbehandlung und die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigen.

Keinesfalls dürfen häusliche Abfälle (z. B. zerkleinerte Küchenabfälle), tierische Abfälle (z. B. Katzenstreu) und landwirtschaftliche Abfälle (Jauche, Gülle, Stallmist) eingeleitet werden. Öle und Fette dürfen nur im unvermeidbaren Ausmaß in die Kanalisation (nötigenfalls unter Vorschaltung entsprechender Abscheideanlagen) eingebracht werden.

3. Gelangen giftige, feuer- oder zündschlaggefährdende Stoffe in die öffentliche Kanalisationsanlage, so ist die Gemeinde bzw. der Kanal- oder Kläranlagenbetreiber unter den Notfallnummern 07946 62 55, 0699 145 18 064, 0699 145 18 062 hiervon sofort zu verständigen.
4. Die Abwässer sind in möglichst frischem Zustand, somit ohne Zwischenschaltung von Senkgruben oder Hauskläranlagen, in die öffentliche Kanalisationsanlage einzuleiten.
5. Die Einleitung von Oberflächenwässern von Liegenschaften hat unter Berücksichtigung der Ausführung der öffentlichen Kanalisation zu erfolgen:

Bei einem Mischsystem:

Drainagewässer, Brunnenüberwässer und Quellwässer dürfen nicht in die Mischwasserkanäle eingeleitet werden.

Nicht oder nur gering verunreinigte Niederschlagswässer von Dachflächen sind - soweit örtlich möglich - dem natürlichen ober- und unterirdischen Abflussgeschehen zu überlassen

Bei einem Trennsystem:

Drainagewässer, Brunnenüberwässer, Quellwässer und Niederschlagswässer dürfen nicht in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden.

Nicht oder nur gering verunreinigtes Dach- bzw. Niederschlagswasser ist soweit wie möglich dem natürlichen ober- und unterirdischen Abflussgeschehen zu überlassen.

Niederschlagswässer von einzelnen Grundstücken dürfen nur in solcher Menge in die öffentlichen Regenwasserkanäle eingeleitet werden, dass das der Bemessung dieser Kanäle zu Grunde liegende Regenereignis, reduziert auf die für die einzelnen Einzugsflächen angesetzten Abflussbeiwerte, nicht überschritten werden.

Es dürfen keine das Wasser gefährdende und/oder Organismen schädigende Stoffe über die öffentlichen Regenwasserkanäle in Gewässer gelangen. Es sind daher geeignete Maßnahmen (z. B. Vorreinigung der Niederschlagswässer von Verkehrsflächen über Rasensickermulden) zu treffen.

6. Im Fall der Errichtung von dezentralen Rückhaltemaßnahmen für Niederschlagswässer:

In Siedlungsbereichen müssen die an den öffentlichen Niederschlags - bzw. Mischwasserkanal angeschlossenen Objekte für die abzuleitenden Niederschlagswässer Rückhaltemaßnahmen in Form von dezentralen Retentionsanlagen in der Größe von mind. 5 m³ pro 100 m² angeschlossener versiegelter Fläche vorgesehen werden.

In Bebauungsplänen zu den Siedlungsbereichen und auch in wasserrechtlichen Bewilligungen können davon abweichende Mengen festgesetzt sein.

Die retentierten Niederschlagswässer dürfen nur gedrosselt und in einer max. Menge von 0,12 l/s pro 100 m² angeschlossener versiegelter Fläche, bzw. bei Neubauten lt. Vorgabe im Baubescheid, in den öffentlichen Niederschlagswasser - bzw. Mischwasserkanal eingeleitet werden.

Angemerkt wird dazu, dass Regenwasserspeicher („Zisternen“) zur Regenwassernutzung nicht als Retentionsanlagen gelten.

§ 3

Vorschriften für die Anschlussleitungen

1. Die Errichtung der Hauskanalanlage hat unter Einhaltung und Beachtung der gültigen Normen (ÖNORM B 2501 "Entwässerungsanlagen für Gebäude", ÖNORM B 2503 "Ergänzende Bestimmungen für die Planung, Ausführung und Prüfung", ÖNORM EN 752 "Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden" und ÖNORM EN 1610 "Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen") zu erfolgen.
2. Die Einbindung der Hauskanalanlage in die öffentliche Kanalisation hat über den festgelegten Anschluss-/Kontrollschacht zu erfolgen, notwendige Abstürze sind als außen liegende Pfeife auszubilden. Der Anschluss hat dabei ohne Zwischenspeicherung zu erfolgen.

3. Eigentümer von zu entwässernden Objekten haben sich selbst gegen einen Abwasserrückstau aus dem öffentlichen Kanalnetz (z. B. durch die Errichtung von normgemäßen Rückstausicherungen bzw. bei Hebeanlagen unter Beachtung der Bestimmungen der ÖNORM B 2501 und der Lage der Rückstauenebene beim Anschlusspunkt) zu schützen.
4. Können die Abwässer von einem Objekt nicht im natürlichen Gefälle zum öffentlichen Kanal fließen, so hat dies der Eigentümer des Objekts durch eine Abwasserhebeanlage oder ein Abwasserpumpwerk sicherzustellen.
5. Eine ausreichende Entlüftung der Abwasserleitungen im Objekt ist über Dach sicher zu stellen.
6. Hauskanalanlagen dürfen erst nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der öffentlichen Abwasserentsorgungsanlage in Betrieb genommen werden.
7. Die Fertigstellung einer Hauskanalanlage ist der Baubehörde binnen zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Der Fertigstellungsanzeige ist ein Dichtheitsattest (auf Basis einer Dichtheitsprüfung gemäß ÖNORM B 2503 bzw. ÖNORM B 2538 im Falle von Druckrohrleitungen) eines befugten Unternehmens anzuschließen. (§ 20 Abs 3 OÖ. Abwasserentsorgungsgesetz 2001)
8. Niederschlagswässer dürfen erst nach Errichtung und Inbetriebnahme der erforderlichen Regenwasserrückhalt- bzw. behandlungsmaßnahmen in die Regenwasserkanäle eingeleitet werden.
9. Überdies ist im Fall der Errichtung von dezentralen Rückhaltemaßnahmen für Niederschlagswässer (gem. § 2 Abs. (6)) dessen Fertigstellung dem Kanalisationsunternehmen schriftlich anzuzeigen und es sind dieser Anzeige entsprechende Nachweise beizulegen, mit welchen von einem befugten Bauführer die Einhaltung der erforderlichen Maßnahmen (vorhandenes Retentionsvolumen, Art und Menge der Drosselung, Art einer allenfalls erforderlichen Vorreinigung etc.) bestätigt wird.
10. Dezentrale Retentionsanlagen werden spätestens fünf Jahre nach Errichtung und in weiterer Folge alle fünf Jahre von der Marktgemeinde Gutau auf den ordnungsgemäßen Betriebs- und Wartungszustand überprüft. Gleichzeitig wird geprüft, ob die Dimensionierungsannahme noch dem aktuellen Zustand entspricht.

Hinweis: Sämtliche im Zusammenhang mit der Hauskanalanlage stehenden Kosten, insbesondere die Kosten für die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb der Hauskanalanlage, sind vom Eigentümer des Objekts selbst zu tragen. Auch die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Anlagen (z. B. Kontrolle, dass der erforderliche Retentionsraum tatsächlich zur Verfügung steht) ist vom Objekt-Eigentümer vorzunehmen.

§ 3a

Nachträgliche Änderung des Abwasserentsorgungssystems

Erfolgt bei der öffentlichen Kanalisation eine Änderung von Misch- auf Trennkanalisation, so hat der Eigentümer des zu entwässernden Objektes bei der Hauskanalanlage ebenfalls eine Trennung in Schmutz- und Niederschlagswasser auf eigene Kosten binnen einer Frist von 3 Monaten durchzuführen.

§ 4

Reinigung und Instandhaltung der Hauskanalanlagen

Der Eigentümer einer Hauskanalanlage hat für die ordnungsgemäße Instandhaltung, Funktionsfähigkeit, Dichtheit und regelmäßige Wartung der Anlage zu sorgen.

§ 5

Auflassung bestehender Hauskläranlagen und Senkgruben

Mit dem Anschluss an die öffentliche Kanalisation sind bestehende Abwasserreinigungs- und Abwassersammelanlagen durch einen dauerhaften Verschluss der Abwasserzuleitung außer Betrieb zu nehmen. Die Anlagen sind zu entleeren, zu reinigen und mit nicht faulfähigem Material (z.B. Kies) aufzufüllen.

Eine Weiterverwendung bestehender Anlagen (z.B. als Regenwasserspeicher) ist der Baubehörde bekannt zu geben, hat den bautechnischen Anforderungen sowie den Anforderungen des Umweltschutzes und der Hygiene zu entsprechen und darf insbesondere keine Gefährdung für Mensch und Tier darstellen.

§ 6

Unterbrechung der Entsorgung

Die Entsorgungspflicht der Gemeinde ruht, solange Umstände, die abzuwenden außerhalb der Einflussmöglichkeit des Kanalisationsunternehmens stehen, die Übernahme oder Reinigung der Abwässer ganz oder teilweise verhindern.

Die Übernahme der Abwässer durch das Kanalisationsunternehmen kann zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten, zur Vermeidung einer drohenden Überlastung der öffentlichen Kanalisation oder aus sonstigen betrieblichen Gründen eingeschränkt oder unterbrochen werden. Das Kanalisationsunternehmen wird dafür Sorge tragen, dass solche Einschränkungen und Unterbrechungen möglichst vermieden beziehungsweise kurzgehalten werden. Beabsichtigte Unterbrechungen der Entsorgung werden rechtzeitig in ortsüblicher Weise bekannt gegeben, es sei denn, es besteht Gefahr in Verzug.

Das Kanalisationsunternehmen kann die Übernahme der Abwässer des Kanalbenützers nach vorhergehender schriftlicher Androhung, bei Gefahr in Verzug auch sofort, unterbrechen, einschränken oder die weitere Übernahme vom Abschluss besonderer Vereinbarungen abhängig machen, wenn der Kanalbenützer gegen die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, behördliche Auflagen oder die Kanalordnung verstößt.

§ 7

Überwachung

Den Organen der Gemeinde und des Kanalisationsunternehmens ist der Zutritt zur Hauskanalanlage jederzeit und ungehindert zu gewähren. Ebenso sind auch Inspektionen der Hauskanalanlage von der öffentlichen Kanalisationsanlage aus zuzulassen.

§ 8

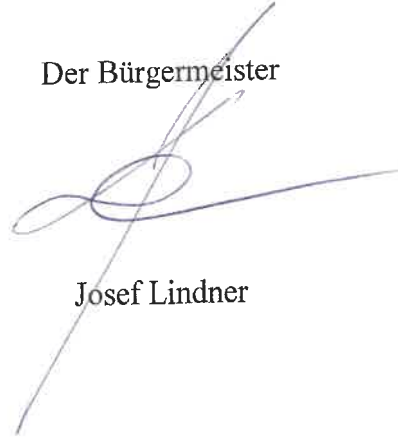
Strafbestimmungen

Übertretungen von in dieser Verordnung ausgeführten Anordnungen sind nach § 23 Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001 von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 4.000 Euro zu ahnden.

§ 9
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit 15.07.2021 in Kraft.

Der Bürgermeister



Josef Lindner

Angeschlagen am: 30.06.2021

Abgenommen am: 15.07.2021

Amt der Oö. Landesregierung
AUWR- 2021-2820957
Die Verordnungsprüfung hat keine Gesetzeswidrigkeit ergeben.

Linz, am 10.8.21

Für die Oö. Landesregierung
im Auftrage



Handwritten signature